

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Rund 70 Prozent aller Kriminalfälle haben mit Finanzen zu tun (laut der europäischen Polizei Europol in Den Haag). Drogengelder sowie Betrugsgelder aus Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung zirkulieren weltweit und machen rund 5 Prozent des Welteinkommens aus. Internationale Finanzzentren ziehen nicht nur das legale Geld an, sondern auch das illegale. Geldwäsche (das Verhüllen der illegalen Herkunft des Geldes, indem man es über internationale Banken und Finanzmärkte rund um die Welt schickt, bis niemand mehr weiß, woher es stammt) ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen internationalen Thema geworden. Die Europäische Union hat drei Richtlinien zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung erlassen, wonach alle EU-Länder verpflichtet sind, Geldwäsche strafbar zu machen und eine Meldungspflicht von verdächtigen KundInnen und Transaktionen durch Banken und andere Finanzinstitute, NotarInnen, BuchhalterInnen einzuführen. Die Financial Action Task Force (FATF), eine von den G-8 gegründete Organisation, überprüft weltweit die Einhaltung ihrer 40 Empfehlungen zum Kampf gegen Geldwäsche und ihrer neun Terrorismusbekämpfungsempfehlungen. Österreich wurde im letzten Jahr wegen seines Bankgeheimnisses von der FATF gerügt. Die UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime) in Wien hat gemeldet, dass die Mafia die Liquiditätskrise der Banken benützt, um Milliarden von Drogengeldern in den Finanzsektor einzuschleusen. Auch österreichische Banken haben verdächtige Transaktionen gemeldet. Wenn mehr von diesen Geldern konfisziert werden könnte, würde Kriminalität sich weniger lohnen und die Gelder könnten für soziale Zwecke verwendet werden. Daher liegt gerade in Sparzeiten hier ein großes Potenzial, um Mittel für die Wirtschaftspolitik abzuschöpfen.

Aus: Unger, Brigitte: Geldwäscher suchen immer neue Wege, in: Salzburger Nachrichten, 9. März 2010